

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Matthias Belafi

An der öffentlichen Debatte über die Zukunft Europas haben auch die europäischen Kirchen teilgenommen: Die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) vollendete auf ihrer Vollversammlung vom 31. Mai bis 6. Juni 2018 einen europaweiten Konsultationsprozess zur Zukunft Europas.¹ Die Kommission der Bischofskonferenzen der Europäischen Union (ComeECE) und der Heilige Stuhl veranstalteten unter dem Titel „(Re)thinking Europe“ vom 27. bis 29. Oktober 2017 einen Kongress in Rom, an dem Parlamentspräsident Tajani und Kommissionsvizepräsident Timmermans teilnahmen und in dessen Rahmen Papst Franziskus die EU aufrief, sich stärker auf die Solidarität zu besinnen.²

Zunehmende Differenz der Kirchen im Osten

Nicht nur im Rahmen dieses Kongresses wurden die zunehmenden Differenzen zwischen den Kirchen in West- und Osteuropa sichtbar, die sich schon in der Flüchtlingskrise geäußert haben. Dies zeigt sich auch daran, dass seit einigen Jahren die Vertreter der katholischen Bischofskonferenzen Mittel- und Osteuropas zu eigenen Treffen zusammenkommen.³ Vielfach zeigen die Kirchen in Osteuropa eine geringe Distanz zu den illiberalen Regierungen,⁴ zuletzt beispielsweise die Kirche in Polen in der Debatte über die Justizreform.⁵ Derzeit gibt es in den Kirchen Osteuropas Widerstand gegen die Istanbul-Konvention des Europarats gegen häusliche Gewalt, die im Ruf der „Gender-Ideologie“ steht.⁶

Differenzen weisen derzeit vor allem die orthodoxen Kirchen auf: Durch ihre nationale Orientierung bringen staatliche Konflikte zumeist auch kirchliche Auseinandersetzungen mit sich. So führt der Konflikt in der Ukraine zu einem Zerwürfnis zwischen dem Moskauer Patriarchat (dem die Ukrainische Kirche kanonisch untersteht, das sich aber durch große Nähe zum russischen Staat und der Politik Putins auszeichnet), der ukrainischen Politik und dem Ökumenischen Patriarchat in Istanbul. Sowohl der ukrainische Präsident als auch das Parlament haben

-
- 1 Vgl. Welche Zukunft für Europa? Offener Brief und KEK-Konsultation, in: Konferenz Europäischer Kirchen: Von Budapest nach Novi Sad, Brüssel 2018, abrufbar unter: <https://assembly2018.ceceurope.org/wp-content/uploads/2018/05/German-WEBSITE-CEC-Budapest-to-Nov-Sad.pdf> (letzter Abruf: 2.11.2018), S. 39–45.
 - 2 Vgl. Jacopo Barigazzi: A celestial debate over Europe's future, in: Politico Online, 27.10.2017; Kathpress: Papst: „Europa muss wieder eine solidarische Gemeinschaft sein“, 28.10.2017; Kathpress: Dialogforum im Vatikan ringt um Zukunft Europas, 29.10.2017.
 - 3 Vgl. Kathpress: Mitteleuropa-Bischöfe: Europa muss „echte Völkerfamilie“ sein, 20.10.2017.
 - 4 Vgl. Kathpress: Slowakische Bischöfe: Katholiken können nicht liberal sein, 12.12.2017.
 - 5 Vgl. Kathpress: Polen: Präsidentin des Obersten Gerichts enttäuscht über Kirche, 20.7.2017; Regula Zwahlen: Späte Reaktion der Kirche auf umstrittene Justizreform in Polen, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 9/2017, S. 3; Klaudia Hanisch: National-Klerikales Bollwerk, in: Indes 1/2017, S. 94–104; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Polen“ in diesem Jahrbuch.
 - 6 Vgl. Vladislav Atanassov: Kirchen lehnen Istanbul-Konvention ab, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 3/2018, S. 4; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Bulgarien“ in diesem Jahrbuch.

den Ökumenischen Patriarchen um die Autokephalie der ukrainischen Kirche, also die Unabhängigkeit von Moskau, gebeten.⁷

Die Beziehungen zwischen den orthodoxen Kirchen in den verschiedenen Ländern werden immer stärker verengt und politisch instrumentalisiert: In Mazedonien, das zum kanonischen Territorium der serbischen Kirche gehört, etabliert sich unter dem Schutz der bulgarischen Kirche eine eigene orthodoxe Kirche. Die griechische Kirche fordert hingegen, dass sich im Zuge des Streits um den Namen der Republik Mazedonien auch die neue Kirche nicht mazedonisch nennen dürfe. Sie bekräftigte zudem ihre Ablehnung des Namens Mazedonien für das Nachbarland und beteiligte sich am 4. Februar 2018 an einer Demonstration gegen einen möglichen Kompromiss.⁸ Das Moskauer Patriarchat bekräftigt hingegen den kanonischen Anspruch der serbischen Kirche und versucht damit auch eine europäische Ausrichtung Serbiens zu verhindern. Bei einem Besuch in Belgrad bezeichnete der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats einen EU-Beitritt Serbiens als „Verrat an der Orthodoxie“.⁹

Dialog zwischen der EU und den Kirchen

Nach einem Treffen der Vertreter von KEK und ComECE mit dem estnischen Ministerpräsidenten im August 2017 veranstaltete die estnische Ratspräsidentschaft am 16./17. November 2017 eine Konferenz zu Fragen von Staat und Kirche.¹⁰ Auch wenn die Bulgarisch-Orthodoxe Kirche kein Mitglied der KEK ist, fand am 8. Mai 2018 ein Treffen der Kirchenzusammenschlüsse mit der bulgarischen Ratspräsidentschaft statt.¹¹ Das Europäische Parlament hat in den vergangenen Jahren seinen Dialog mit den Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften verstärkt: Am 27. Juni 2017 veranstaltete es einen Dialog zur Zukunft Europas, am 6. Dezember 2017 zur Außenpolitik der EU und am 11. April 2018 zur Verfolgung von Nichtgläubigen in der Welt.¹² Die Europäische Kommission veranstaltete hochrangige Treffen am 19. Juni 2017 mit Weltanschauungsgemeinschaften und am 7. November 2017 mit Religionsvertretern, beide zur Zukunft der EU.¹³ Zum selben Thema veranstaltete sie am 7. Juli 2017 auch ein Dialogseminar. Die Europäische Kommission verstärkt zudem den Dialog mit dem Islam: Am 28. März 2018 diskutierte Vizepräsident Frans Timmermans mit Vertretern europäischer Muslime über die Zukunft Europas.¹⁴ Allerdings steht

7 Vgl. Kathpress: Ukraine will orthodoxe Kirche von Russland trennen, 20.4.2018; Kathpress: Kiew pocht auf Unabhängigkeit seiner Kirche von Moskau, 8.5.2018; Andrii Krawchuk/Thomas Bremer (Hrsg.): Churches in the Ukrainian Crisis, Cham 2016; Regina Elsner: Bedingt einsetzbar: Die Russische Orthodoxe Kirche in Russlands Außenpolitik, in: Osteuropa 9-10/2017, S. 205–217.

8 Vgl. Kirche warnt vor Zugeständnissen im Namensstreit mit Makedonien, in: Religion und Gesellschaft in Ost und West 2/2018, S. 4 f.; Kathpress: Athener „Namensschutz“-Demo zu Mazedonien mit Kirchenvertretern, 4.2.2018.

9 Kathpress: EU-Beitritt Serbiens wäre „Verrat an Orthodoxie“, 26.2.2018.

10 Vgl. International Conference “Religion, Society, State”, 16./17.11.2017, abrufbar unter: https://oigus.ut.ee/sites/default/files/oi/programme_-_13.11.2017.pdf (letzter Zugriff: 2.11.2018).

11 Vgl. KEK/ComECE: CEC and COMECE meet with Bulgarian EU Presidency, 8.5.2018, abrufbar unter: <https://www.ceceurope.org/church-eu-dialogue-cec-and-comece-meet-with-bulgarian-eu-presidency/> (letzter Zugriff: 2.11.2018).

12 Vgl. Europäisches Parlament: Dialog mit religiösen und weltanschaulichen Gemeinschaften, abrufbar unter: <http://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/be-heard/religious-and-non-confessional-dialogue/events> (letzter Zugriff: 2.11.2018).

13 Vgl. Europäische Kommission: Commission brings together non-confessional organisations to discuss “The Future of Europe: a values-based and effective Union”, Pressemitteilung 19.6.2017; Europäische Kommission: Future of Europe: Commission brings together religious leaders to discuss a value-based and effective Union, Pressemitteilung 7.11.2017.

die Europäische Union dabei der gleichen Problematik wie auch die Mitgliedstaaten gegenüber: der mangelnden Repräsentativität muslimischer Verbände und Organisationen.

Innerhalb der Europäischen Kommission wurde am 2. Oktober 2017 mit Vincent Depaigne ein neuer Verantwortlicher für den Dialog mit den Religionen ernannt.¹⁵ Personelle Veränderungen gab es auch sowohl in der ComECE, wo der Luxemburger Erzbischof Jean-Claude Hollerich im März 2018 den Vorsitz übernommen hat, als auch in der KEK, die den Präsidenten der Reformierten Kirche in Elsass und Lothringen Christian Krieger zum neuen Präsidenten gewählt hat.¹⁶ Wichtigstes politisches Thema der europäischen Kirchen blieb die Flüchtlingspolitik.¹⁷ Besorgt zeigten sich die Kirchen hinsichtlich des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und der Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien.¹⁸ Positiv äußerten sich ComECE und KEK zur Europäischen Säule sozialer Rechte, die im November 2017 auf dem Sozialgipfel der EU in Göteborg unterzeichnet wurde.¹⁹

Religion und Europarecht

Das kirchliche Arbeitsrecht in Deutschland, das mit großen Rechten für die Kirchen verbunden ist, erfuhr am 17. April 2018 in einem Urteil zur Berücksichtigung von Konfessionslosen bei Einstellungen eine drastische Beschneidung durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH).²⁰ Eigentümlich erscheint, dass der EuGH Art. 17 Abs. 1 AEUV, der das nationale Staat-Kirche-Verhältnis schützt, quasi nicht in die Interpretation der Antidiskriminierungsrichtlinie einbezogen und damit materiell weitestgehend entleert hat. Da das Selbstbestimmungsrecht der Kirchen durch das Grundgesetz garantiert ist, könnte hier ein Fall des Eingriffs in die Verfassungsidentität vorliegen. Es bleibt jedoch davon auszugehen, dass mangels eines Antrags eine Ultra-vires-Kontrolle durch das Bundesverfassungsgericht ausbleibt. Weitere Urteile des EuGH bestätigten, dass das Erlauben von Schächten nur in zugelassenen Schlachthöfen kein Verstoß gegen die Religionsfreiheit darstellt (C-426/16, 29.5.2018) und dass die Zeugen Jehovas bei handschriftlichen Notizen über Hausbesuche das Europäische Datenschutzrecht beachten müssen (C-25/17,

14 Vgl. Europäische Kommission: Dialogue with churches, religious associations or communities and philosophical and non-confessional organisations, 23.10.2018, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=50189 (letzter Zugriff: 2.11.2018).

15 Vgl. Europäische Kommission: New European Commission Coordinator for religious dialogue, 2.10.2017, abrufbar unter: http://ec.europa.eu/newsroom/just/item-detail.cfm?item_id=604967 (letzter Zugriff: 2.11.2018).

16 Vgl. ComECE: Erzbischof Jean-Claude Hollerich S.J. als neuer Präsident der COMECE gewählt, 8.3.2018, abrufbar unter: <http://www.comece.eu/erzbischof-jean-claude-hollerich-s.j.-als-neuer-praesident-der-comece-gewaehlt> (letzter Zugriff: 2.11.2018); Florian Eder/Jacopo Barigazzi: God's man in Brussels, in: Politico, 8.3.2018; KEK: KEK wählt einen neuen Präsidenten, 4.6.2018, abrufbar unter: <https://www.ceceurope.org/kek-waehlt-einen-neuen-praesidenten/> (letzter Zugriff: 2.11.2018).

17 Vgl. Ulrich Schmiedel/Graeme Smith (Hrsg.): Religion in the European refugee crisis, Cham 2018.

18 Vgl. Justin Welby: Brexit and a broken Britain, in: Mail on Sunday, 25.2.2018; Kathpress: Spaniens Bischöfe in Sorge wegen Katalonien-Krise, 28.10.2017.

19 Vgl. ComECE/KEK: Kirchen begrüßen die Europäische Säule sozialer Rechte, 17.11.2017, abrufbar unter: <http://www.comece.eu/kirchen-begrueßen-die-europaeische-saeule-sozialer-rechte> (letzter Zugriff: 2.11.2018); Vgl. hierzu auch den Beitrag „Beschäftigungs- und Sozialpolitik“ in diesem Jahrbuch.

20 Europäischer Gerichtshof: Urteil des Gerichtshofes (Große Kammer) vom 17.4.2018 - C-414/16; Vgl. Abbo Junker: Gleichbehandlung und kirchliches Arbeitsrecht, in: Neue Juristische Wochenschrift 26/2018, S. 1850–1853; Michael Lysander Fremuth: Das letzte Amen ist noch nicht gesprochen, in: Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht 17/2018, S. 723–731; Vgl. hierzu auch den Beitrag „Gerichtshof“ in diesem Jahrbuch.

10.7.2018). Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat derweil entschieden, dass ein Verbot der Vollverschleierung mit der Religionsfreiheit vereinbar ist.²¹

Antisemitismus

In vielen europäischen Ländern ist eine Zunahme antisemitischer Vorfälle zu verzeichnen. Besonders prominent ist die Debatte über die antisemitische Haltung des britischen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn.²² Tiefpunkt war die Ermordung der Holocaustüberlebenden Sarah Halimi in ihrer Pariser Wohnung.²³ Umstritten ist die Frage, inwieweit der ‚neue‘ Antisemitismus durch die Zuwanderung von Muslimen bedingt ist.²⁴ Die deutsche Regierung hat, wie bereits die französische Regierung und die Europäische Kommission, einen Antisemitismusbeauftragten berufen; Frankreich hat einen neuen Plan zur Bekämpfung des Antisemitismus aufgelegt.²⁵ Der Präsident der Europäischen Rabbinerkonferenz, Pinchas Goldschmidt, sieht in der Europäischen Union einen zusätzlichen Schutz der jüdischen Minderheit und kritisiert, dass Staaten mit Gesetzen ein Leben nach jüdischen Regeln unmöglich machen. Hintergrund sind vor allem Initiativen in Skandinavien mit dem Ziel, Beschneidungen zu verbieten.²⁶

Weiterführende Literatur

François Foret: How the European External Action Service deals with religion through religious freedom, EU Diplomacy Papers 7/2017, abrufbar unter: https://www.coleurope.eu/sites/default/files/research-paper/edp_7_2017_foret.pdf (letzter Zugriff: 2.11.2018).

Jan Gross: Pluralität als Herausforderung. Die Leuenberger Konkordie als Vermittlungsmodell reformatorischer Kirchen in Europa, Göttingen 2018.

Simona Guerra: Religion and the European Union, in: John FitzGibbon/Benjamin Leruth/Nick Startin (Hrsg.): Euroscepticism as a Transnational and Pan-European Phenomenon, Abingdon 2017, S. 147–161.

Mujtaba Isani/Bernd Schlipphack: In the European Union we trust: European Muslim attitudes toward the European Union, in: European Union Politics 4/2017, S. 658–677.

Stefan Mückl (Hrsg.): Kirche und Staat in Mittel- und Osteuropa, Berlin 2017.

Jan Nelis/Caroline Sägerser/Jean-Philippe Schreiber (Hrsg.): Religion and Secularism in the European Union, Brussels 2017.

Mark R. Royce: The Political Theology of European Integration, Cham 2017.

Milutin Tmavac: The Development of Dialogue and Institutionalisation of Relations between the European Union and Churches and Religious Communities, in: Mirosljub Jevtić/Marko Veković (Hrsg.): 10 Years of the Politics and Religion Journal, Belgrad 2017, S. 249–264.

Alexander Weiler: Bischöfe für Europa? Der deutsche Episkopat und die Europäische Integration, Hamburg 2018.

21 Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung: Gericht billigt belgisches Verbot von Ganzkörperverschleierung, 12.7.2017; Ulrike Spohn: Die Burka als aktuelle Herausforderung für die Religionspolitik in Europa, in: Daniel Gerster/Viola van Melis/Ulrich Willems (Hrsg.): Religionspolitik heute, Freiburg 2018, S. 314–330.

22 Vgl. Jochen Buchsteiner: Nester des Antisemitismus, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 26.4.2018.

23 Vgl. Michaela Wiegel: Die Jüdin des Blocks, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.7.2017; Martina Meister: Angriffe von rechts und links, in: Die Welt, 16.1.2018.

24 Vgl. zu den widerstreitenden Positionen: David Feldmann: Antisemitismus und Immigration im heutigen Westeuropa, Berlin 2018; Bassam Tibi: Migration aus der Welt des Islam und die Wiedereinführung von Judenhass und Antisemitismus nach Europa, in: Oskar Deutsch (Hrsg.): Die Zukunft Europas und das Judentum, Wien 2017, S. 163–183.

25 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat: Neuer Beauftragter im BMI, Pressemitteilung 11.4.2018; Französische Botschaft: Frankreich geht neue Wege zur Bekämpfung von Rassismus und Antisemitismus, 19.4.2018, abrufbar unter: <https://de.ambafrance.org/Frankreich-geht-neue-Wege-zur-Bekämpfung-von-Rassismus-und-Antisemitismus> (letzter Zugriff: 2.11.2018); Katharina von Schnurbein: Combating Antisemitism in the European Union, in: Israel Journal of Foreign Affairs 2/2016, S. 283–287.

26 Vgl. Jüdische Allgemeine: Das Wichtigste ist Sicherheit, 31.5.2018; Jüdische Allgemeine: Gesetz gegen die Beschneidung, 1.3.2018.